

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/39. Jahrgang

März 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Am 18.2. fand eine Demonstration mit Kundgebung des öffentlichen Dienstes in Gießen statt. Bei guter Beteiligung und guter Stimmung trotz eisiger Temperaturen verurteilten alle Redner das „Angebot“ der Arbeitgeber. Hoffnung dabei machte auch die klare Ablehnung durch den SPD Landtagsabgeordneten Thorsten Schäfer-Gümbel. Hoffnung deshalb, weil es wohl in der SPD klare Bestrebungen gibt, auf die Forderungen von verdi einzugehen - im Rahmen

ihrer Regierungsverantwortung auf Bundesebene, in Kommunen und Landkreisen. Verhandlungsführer und Vorsitzender der kommunalen Arbeitgeberverbände ist Dr. Böhle (SPD). Schäfer-Gümbels Äußerungen sind ernst zu nehmen und die Vertreter der SPD daran zu messen, was auf gewerkschaftlichen Versammlungen an Grußworten durch Sozialdemokraten geäußert wird. Daß er gleich dreimal das Angebot der „Tarifgemeinschaft der Länder“ kritisierte, die an dieser Tarifrunde überhaupt keinen Anteil hat, sei entschuldigt, schließlich ist man seitens der SPD-Hessen mit Regierungsbildungs- und Abgrenzungsproblemen gegenüber der „Linken“ sehr gestreßt und verliert dabei schon mal den tarifpolitischen Überblick. K.S.



Dieses Extra (links) wurde auf der Demo verteilt - s.Text S. 4



Inhalt:

Umgang mit Linken/DKP-Parteitag	S.2
Sparkasse/Genmais/Kino/Friedenswünsche	S.3
Milliarden fürs Kapital/DKP-Solischreiben	S.4
Entnazifizierung/Amen-Ali/F. Kuhn	S.5
Kosovo/Fidel/Kurdistan/Pressefreiheit	S.6
Interview zum Kreationismus/Leserbriefe	S.7
Weltbürgerkrieg/Sozialberatung/Termine	S.8

Kirchliche Kitas werden gegenüber städtischen bevorzugt

Ab 1. 8. wird die Kita in der Anne-Frank-Straße von der evangelischen Kirche (Diakonie) betrieben. Das beschloß der Jugendhilfeausschuß in geheimer Abstimmung nach nicht-öffentlicher Debatte im Februar. Das Stadtparlament hat die Entscheidung darüber aus der Hand gegeben – warum eigentlich? Gerade in dieser Kita sind 80% Muslime oder Aussiedler, die auch nicht unbedingt christlich sind. Sie alle werden genötigt, eine kirchliche Einrichtung zu besuchen. Da wäre die AWO, die sich auch beworben hatte, als weltanschaulich neutrale Organisation sinnvoller gewesen.

Das Ganze wird finanziell begründet, ist aber nur ein Verschiebepunkt. Die Stadt bezahlt danach für diese Kita genau so viel

wie vorher, nur von einer anderen Haushaltsstelle. Und da die Landesregierung angeordnet hat, „freie Träger zu fördern“, bekommen diese Kitas höhere Landeszuschüsse als kommunale Einrichtungen und können sich z.B. einen besseren Betreuungsschlüssel leisten.

Damit zieht sich die Stadt aus ihrem ureigensten Aufgabengebiet, der Kinder-Betreuung und Vorschulerziehung, zurück und überläßt das der Kirche. Die wiederum, deren Missionierungsambitionen so großzügig staatlich gefördert werden, zahlen selbst überhaupt keine Zuschüsse mehr. - Das alles ist ein glatter Verstoß gegen die in Grundgesetz und Hessischer Verfassung bestimmte Trennung von Staat und Kirche. E.B.

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Zum Umgang mit Linken

Die Partei Die Linke war bei den letzten Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg durchaus erfolgreich. Es ist ihr gelungen, den vom Kapitalismus an den Rand der Gesellschaft gedrängten Erwerbslosen, den Hartz-IV-Empfängern, den Rentnern und auch den von Studiengebühren betroffenen Studierenden die Sicht auf Alternativen zu eröffnen. Da wurde es Aufgabe des Staates, seiner Geheimdienste und der gleichgeschalteten Presse, mit dem bewährten Mittel des Antikommunismus zu versuchen, das Zusammenwachsen linker Kräfte zu sabotieren.

Am 2. Januar diesen Jahres war in der FAZ unter der Überschrift „Die Systemfrage“ u.a. zu lesen:

„Wer verhindern will, dass auch noch das zweite Drittel der Gesellschaft die Grundlagen unseres politischen und wirtschaftlichen Systems in Frage stellt, tut gut daran, das Thema soziale Gerechtigkeit nicht als ‚gefühltes‘, also eingebildetes Problem abzutun... Manchem wird erst jetzt bewusst, wie

sehr die Konkurrenz des Kommunismus, solange sie bestand, auch den Kapitalismus gebändigt hat.“

Der kluge Kopf der FAZ hat sehr wohl Gefahren für das herrschende System (die Bourgeoisie) erkannt, und damit ein Signal gegeben, die Linkspartei ins bürgerliche Parteienspektrum einzubinden. Ob das gelingt, ist ungewiss. Der Versuch jedenfalls, Streiks, Unmut, Unruhen und Demonstrationen zu kanalisieren, ist nicht neu – vor Zeiten hatte die SPD diese Aufgabe übernommen, mit Ypsilanti als scheinbar linke Kandidatin ist ihr das zum Teil wiederum gelungen.

Sicher ist, dass ohne die Zusammenarbeit linker Kräfte, bestimmt keine „soziale Gerechtigkeit“ als Ziel der Linkspartei geschweige denn eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft erreicht werden kann. Aus dieser politischen Einsicht heraus wird die DKP keine Provokationen von Gysi und Gleichgesinnten zum Anlass nehmen, Zusammenarbeit mit Linken aufzukündigen. Der Antikom-



Vor 40 Jahren, am 27. September 1968, wurde die DKP konstituiert

munismus ist nun einmal, wie Thomas Mann formuliert hat, die Grundtorheit des Jahrhunderts. Das gilt auch für die Hetze gegen die Landtagsabgeordnete Christel Wegner, die für Verstaatlichung und Sicherung sozialer Errungenschaften eintritt. Die Reaktion hat schon immer den Antikommunismus zur Bekämpfung der objektiven Interessen der Ausgebeuteten eingesetzt. Mit antikommunistischer Hetze wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet. Bespitzelungen durch Geheimdienste, Verhaftungen, Sicherheitsgesetze, RAF- und Terror-Hysterie – immer wurde die gleiche Methode angewandt. Die PDS wurde am Tag ihrer Gründung mit antikommunistischen Tiraden überschüttet und von ihr ein Bekenntnis zu kapitalistischen Greueln erwartet.

Wer heute von Gesamtschule spricht, gilt als Anhänger des DDR-Schulsystems (das in Finnland z.B. als vorbildlich galt)

Wer Mindestlohn fordert, gilt als kommunistischer Gleichmacher und Zerstörer der Freien Marktwirtschaft (des kapitalistischen Wirtschaftsystems). Wer die Hessische Verfassung als Auftrag begreift, ist in ihren Augen Verfassungsfeind.

In Gießen hat die Rolle des Hetzers Wolfgang Greilich (FDP) übernommen, indem er mit Unterstellungen arbeitet. Sein Wissen und Niveau könnten gesteigert werden.

Michael Beltz

18. Parteitag der DKP



Am 23./24. Februar fand im hessischen Mörfelden-Walldorf der 18. Parteitag der DKP statt. Im Referat von Heinz Stehr, dem wiedergewählten Vorsitzenden der DKP, wurde der Charakter der Partei als unverzichtbare revolutionäre und internationalistische Kraft dargestellt. Wiederholt wurde am Beispiel Nokia die Forderung nach Enteignung von Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen. Die Unterstützung der Gewerkschaften sowie der Bevölkerung im Kampf gegen den Konzern ist Pflicht. Auch in der Diskussion wurde deutlich, dass nur eine Einschränkung der Macht des Kapitals die Enteignung der lohnabhängig Beschäftigten, der Rentner und der Erwerbslosen verhindern kann. Der Parteitag wurde beendet mit einem Beschluss „Aktiv für die Zusammenarbeit der Linken“. Die Delegierten beschlossen Arbeitsvorhaben für 2008/2009 unter dem Titel „Die DKP im Kampf im Kampf gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau – Profil schärfen – DKP stärken“. - Zum Vorsitzenden der DKP wurde Heinz Stehr wiedergewählt; seine Stellvertreter wurden Nina Hager und Leo Mayer. Dem Parteivorstand gehören insgesamt 34 Mitglieder an.

Zur Eröffnung des Parteitages sprachen der Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf, Heinz-Peter Becker und Christel Wegner, die ab 26. Februar kommunistische fraktionslose Abgeordnete im niedersächsischen Landtag sein wird. Es nahmen Vertreter von 25 kommunistischen und sozialistischen Parteien teil.

(weitere Information sind in der UZ bzw. bei der DKP Gießen erhältlich)

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Probexemplare:
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

Sparkasse Giessen:

Bei 3.300.000 E Gewinn genug Geld für mehr Lohn!

Der Vorstandschef der Sparkasse Gießen teilte mit, daß im Jahr 2007 ein Gewinn von 3,3 Millionen Euro zu verbuchen sei. Der Gewinn wäre noch höher, wenn nicht noch eine Million in die Erhöhung des Stiftungskapitals der eigenen Stiftung geflossen wäre. Die Beschäftigtenzahl lag bei 577 Mitarbeitern. Also haben die Mitarbeiter einen Gewinn von 5719 Euro pro Kopf erwirtschaftet, ohne näher auf die Struktur, also Vollzeit und Teilzeitsstellen eingehen zu wollen. Nun ist Herr Bergenthum im Präsidium der VKA Hessen (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber); und diese legt

ein Angebot vor, das durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ein Minusgeschäft für die Mitarbeiter darstellt. Angeblich ist ja kein Geld da. Übrigens ist OB Haumann als stellvertretendes Mitglied ebenfalls im Präsidium der VKA vertreten. Welche Position gegenüber den Forderungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vertritt er dort? Wir fordern die Stadt Gießen, die Kommunen im Landkreis und den Landkreis Gießen auf, im Rahmen ihrer VKA-Mitgliedschaft für ein an den Forderungen der Gewerkschaft orientiertes Verhandlungsangebot zu sorgen. K.S



Genmais - heftiger Widerstand vor Ort

Wenn die Agrarwissenschaftler der Gießener Uni geglaubt haben, der Anbau von genmanipuliertem Mais sei in Rauschholzhausen einfacher als in der direkten Umgebung von Gießen, dann haben sie sich gewaltig geirrt.

Dort formiert sich jetzt der Widerstand der Landbevölkerung. Im Gespräch ist sogar die Ausrufung einer „Gentechnikfreien Region Mittelhessen“ - eine Selbstverpflichtung der orts-

ansässigen Landwirte, auf Gentechnik in ihren Betrieben zu verzichten. Die Marktchancen der örtlich angebauten Produkte würden sich dadurch verbessern - und die Gentechnikfans der Gießener Uni werden zum Störenfried.

Eine gut besuchte Veranstaltung vor Ort soll die Agrarwissenschaftler tatsächlich dazu gebracht haben, über ihr unwillkommenes Vorhaben nochmal nachzudenken. Gernot Linhart



Brief an die Kino-Betreiber

An: R. Theile Filmtheaterbetriebe
Gießen, den 27.2.2008

Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten an dieser Stelle für Ihre Bereitschaft danken, finanziell schwachen Menschen, insbesondere Hartz IV-Empfängern, den gleichen verbilligten Eintritt in die Gießener Kinos wie Schülern und Studenten zu gewähren.

Wir freuen uns, daß die Gespräche mit Herrn Oberbürgermeister Haumann, die nach unserem Schreiben stattgefunden haben, zu einem erfolgreichen Abschluss führten.

Wir möchten Sie darüber hinaus bitten, längerfristig zu prüfen, ob nicht auch bei den Kinos eine Ermäßigung entsprechend den Regeln des Gießen-Passes (25%) möglich ist.

Es liegt nun an uns Politikern, betroffene Menschen auf die Möglichkeit des verbilligten Kinobesuches noch öffentlichkeitswirksamer hinzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Beltz

Friedenswünsche

Traditionell verband der Stadtverordnetenvorsteher seine Begrüßung zur ersten Sitzung 2008 mit verbindlichen Worten zum Neuen Jahr; und so wünschte er denn „vor allem Frieden und Gesundheit“ – wie man halt so sagt.

Nur, dies geschah just zu der Zeit, in der die CDU/SPD-Regierung ihre Kriegseinsätze verstärkt. Noch mehr Soldaten und Kriegsgerät sollen nach Afghanistan geschickt werden, um Menschen zu töten.

Sie glauben damit diesen fast sieben Jahre dauernden Krieg zu gewinnen, der nicht zu gewinnen ist, der aber Tod und Vernichtung bringt. Tausende sind bereits gestorben; weil ihre Häuser zerbombt sind, erfroren Hunderte allein in diesen Januar Tagen. „Frieden“ und „Gesundheit“ sind dort Fremdworte.

Aber die Wünsche von Herrn Gail galten ja den Gießener Stadtverordneten.

Milliarden fürs Kapital

Während der Bevölkerung und ganz aktuell den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ständig gepredigt wird, es sei kein Geld in den öffentlichen Haushalten, wurde mal wieder eine riesige Finanzspritze in eine mehrheitlich private Bank gepumpt. Nachdem sich die IKB (Industriekreditbank) wie andere auch bei Spekulationen im USA Immobilienmarkt total verspekuliert hatte, war es binnen weniger Tage möglich einen Betrag von 1,2 Mrd E aus dem laufenden Haushalt des Bundes in die „Rettung“ der IKB zu pumpen. 1,2 Mrd E Steuergelder wurden sogar vorbei an den parlamentarischen Regularien bereitgestellt. Es gab nämlich noch nicht einmal im Haushaltsausschuß des Bundestages eine Besprechung, geschweige denn Zustimmung, die eigentlich vorgeschrieben ist. Klar ist, diese 1,2 Mrd werden fehlen, wenn es z.B. darum geht, der Tarifgemeinschaft von ver.di und DBB ein entsprechendes Tarifangebot zu machen. Wie gesagt, es wird weiter behauptet werden, es ist kein Geld da. Von der laufenden Tarifrunde sind 1,3 Millionen Beschäftigte direkt betroffen, das sind grob geschätzt rund 1 Million Vollzeitstellen. Die Forderung lautet 8% mehr oder mindestens 200 E im Monat. Also 1 Million Vollzeitstellen mal 12 Monate mal 200 E ergibt rund 2,4 Milliarden E. Die Hälfte davon wurde gerade einer privaten Bank in den Rachen geschmissen. Die Anteilseigner und Aktionäre wissen es zu schätzen, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hoffentlich auch...
K.S.

Gießener Echo

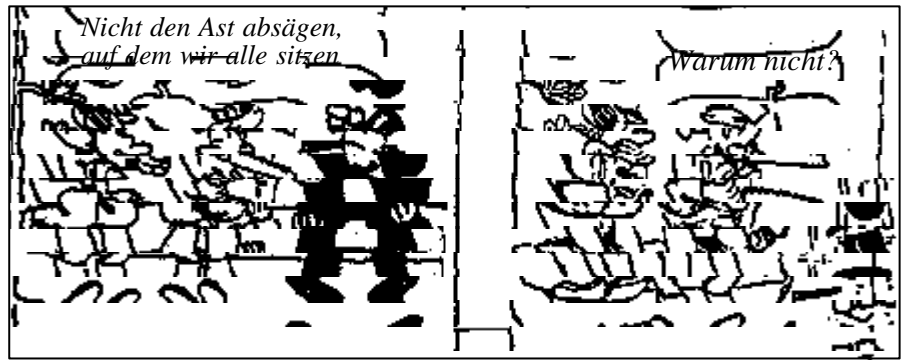
Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

Redaktionsschluß für das nächste Echo: 27. März



Solidaritätsschreiben der DKP zum Warnstreik im öffentlichen Dienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die DKP steht in Eurem berechtigten Kampf um höhere Löhne und Gehälter sowie um die Verhinderung von Arbeitszeitverlängerungen solidarisch an Eurer Seite.

Dieses provokative „Angebot“ muß zurückgewiesen werden. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mußten bereits in den vergangenen Jahren durch niedrige Tarifabschlüsse Einbußen hinnehmen, Mehrwertsteuererhöhung und Preissteigerungen haben die Einkommen weiter geschmälert.

Es ist eine Lüge, wenn gesagt wird, es sei nicht genug Geld da. Nicht nur, weil im vergangenen Jahr und auch in diesem die Steuereinnahmen sprudeln, sondern auch weil der Staat bewußt auf Einnahmen verzichtet. Durch Steuergeschenke an die großen Unternehmen, durch Verzicht auf die Vermögenssteuer gehen jährlich zig Milliarden

Euro verloren, die für soziale Zwecke ausgegeben werden könnten. Ganz zu schweigen von den Milliarden die für Rüstung und Kriege verpulvert werden.

Es gibt keine „Sachzwänge“, die dafür verantwortlichen gemacht werden könnten, Eure mehr als berechtigten Forderungen nicht zu erfüllen.

Euer Kampf liegt auch im Interesse der anderen abhängig Beschäftigten sowie der Arbeitslosen. Denn Arbeitszeitverlängerung vernichtet Arbeitsplätze; Lohnerhöhung dagegen stärkt die Kaufkraft und sichert Arbeitsplätze.

Die Mitglieder der Gießener DKP wünschen Euch in Eurem Arbeitskampf, den wir auch in Zukunft nach unseren Kräften unterstützen werden, Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen

Michael Beltz



Entnazifizierung jetzt!

Eigentlich ist die ganze Debatte über ein Verbot der NPD und anderer neonazistischer Organisationen vollkommen überflüssig.

Laut Potsdamer Abkommen, dessen Hauptinhalte mit § 139 ins Grundgesetz aufgenommen wurden, sollen in Deutschland – nach den furchtbaren Verbrechen der Nazidiktatur - alle faschistische Organisationen und deren Schriften etc. verboten bleiben.

Außerdem sollten die Großkonzerne – wie IG Farben – zerschlagen und ihre Besitzer, die Hitler an die Macht gebracht und die mit KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern Milliarden geschaffelt hatten, zur Verantwortung gezogen werden. In den Nürnberger Prozessen ist das (teilweise) geschehen. Kommunisten und Sozialdemokraten, jene politischen Kräfte, die von den Nazis am härtesten verfolgt worden waren, sollten für den demokratischen Aufbau sorgen. Es sollte ein Deutschland werden ohne Nazis, Militär, in der die Macht der Großindustrie eingeschränkt ist.

Das war nicht nur der Wille der Alliierten sondern auch der meisten Menschen; sogar die CDU sprach vom Sozialismus. Damals war es unvorstellbar, daß jemals wieder nazistischer Mob geduldet würde und Nazis für ihre rassistische und antisemitische Hetze noch – über Parlamentsmandate – vom Staat bezahlt würden.

Dieser antifaschistische Konsens wurde von der Adenauer-Regierung, die alte Nazis wieder in die Ämter hievte, schon bald unterlaufen.

Um die grundgesetzwidrige Remilitarisierung durchführen zu können, wurden Kommunisten wieder verfolgt und eingesperrt und die KPD verboten. Mit diesem Antikommunismus einher ging das demagogische Gerede vom „Totalitarismus“, der Gleichsetzung von „Rechts- und Linksextremismus“. Diese zur Doktrin erhobene Parole ist den Herrschenden in mehrfacher Hinsicht nützlich:

- * Kommunisten, die konsequentesten Verteidiger demokratischer Rechte, werden verteufelt,
 - * das Großkapital und seine Vertreter, die Steigbügelhalter des Faschismus, bleiben im Dunkeln und
 - * der Staat, die Schutzmacht des Kapitals, kann sich demokratisch geben (oder bezweifelt noch jemand die Kapitalinteressen der BRD?).
- Daß auch Sozialdemokraten, die mit Kommunisten im KZ gesessen haben, diesen „Antitotalitarismus“ nachbeten, verwundert nicht mehr. Die SPD hat in der Nachkriegsgeschichte jede Sauerei mitgemacht (Remilitarisierung, Notstandsgesetze, Lauschangriff, Kriege). Aber auch Bodo Ramelow (Linke) erdreistete sich, auf der Veranstaltung zur Hessischen Verfassung in



Nachkriegsplakat der CDU

Frankfurt zu behaupten, „nach dem Krieg hätte der Geist des Antitotalitarismus geherrscht“ – wofür er entschieden Widerspruch von Luc Jochimsen erntete. Und in Mecklenburg-Vorpommern hat die Linkspartei im Landtag mit ihren Stimmen dieser Doktrin Verfassungsrang gegeben. Daß Die Linke sich in dieses Fahrwasser begibt, ist sicher in ihren Reihen umstritten. Die Forderung nach einem Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen sollte uns einen. Bevor der braune Spuk zur realen Gefahr wird (und das Großkapital wieder einen starken Mann braucht, um Sozialisten und konsequente Gewerkschafter zu eliminieren), sollten wir uns darauf verständigen: Entnazifizierung jetzt!

Erika Beltz

Ja und Amen in der Gießener ALI

Trotz einer Unterschriftensammlung von Mitarbeitern, Nutzern und Freunden wurde die Kündigung gegen die Leiterin der Arbeitsloseninitiative aufrechterhalten. In dem Protestschreiben heißt es u.a.: „... Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß sie im Laufe ihrer Tätigkeit in unserer ‚ALI‘ ein außerordentlich hohes Ansehen erlangt hat... Sie hat es ... immer wieder verstanden, sich auch um die persönlichen Sorgen und Probleme hilfsbedürftiger Menschen zu kümmern und die warme und angenehme Atmosphäre unserer Initiative aufrecht zu erhalten... Wir bitten den Vorstand... die Kündigung... rückgängig zu machen.“ Der ließ sich jedoch nicht erweichen und kann in diesen Dingen inzwischen machen, was er will, insbesondere nachdem jüngst beschlossen wurde, daß Personalentscheidungen nur vom geschäfts-

führenden Vorstand, d.h. ohne die Besitzer, getroffen werden - auch für anstehende Neueinstellungen. Dieses vierköpfige Gremium ist fest in kirchlicher Hand; Vorsitzender ist der katholische Seelsorger Kunkel, der bei Stimmengleichheit entscheidet, Schriftführer ist der evangelische Pfarrer Geist. Entsprechend „christlich“ war denn auch der Hergang der Kündigung, die unmittelbar nach der Weihnachtsfeier (die noch von der Leiterin mit viel Engagement ausgerichtet worden war), aber rechtzeitig vor Weihnachten, „dem Fest der Liebe“, ausgesprochen wurde. Wir wünschen ihr, daß sie bald einen neuen Arbeitsplatz mit angenehmeren Chefs findet; und wir wünschen der Ali, daß für die Leitung eine Kraft gefunden wird, die sich engagiert für die Arbeitslosen und gegen die wachsende Erwerbslosigkeit einsetzt.

**8. März
Internationaler
Frauentag**

"Wenn mein Onkel kein Schwänzchen hätte, wärs meine Tante," meinte Fritz Kuhn, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag am 10.2.08 in einem Fernsehinterview. Seiner Ansicht nach ein derber Spruch aus Baden-Württemberg...





Kosovo - Völkerrecht gebrochen

„Teile und herrsche“ - nach diesem Motto hat sich schon das römische Imperium ausgebreitet. Jetzt sind es vor allem die USA und die von Deutschland angeführte Europäische Union, die nach dieser Methode ihren Machtbereich erweitern. Bei den bisherigen Aufspaltungen von Staaten wurde das Völkerrecht stark strapaziert, aber formal noch einigermaßen gewahrt. Jetzt aber, bei der Abtrennung des Kosovo von Serbien, wurde nicht nur das Völkerrecht absichtlich gebrochen, sondern auch gegen verbindliche Verträge und UN-Resolutionen verstoßen. Das jetzt entstandene „unabhängige“ Kosovo ist ein nicht lebensfähiger Kleinstaat, der von Chefs krimineller Clans beherrscht wird. Die faktische Regierungsgewalt wird von EU-Beauftragten ausgeübt, die gegenüber der Organisierten Kriminalität allerdings keine Chancen haben. Mädchenhandel, Rauschgifthandel, Waffenhandel - das ist die Reihenfolge der Geschäfte, die von den Reichen im Kosovo betrieben werden. Die EU- und NATO-Truppen sind damit beschäftigten, die Reste der Min-

derheiten von Serben, Roma und anderer Völker vor Willkür zu schützen. Die USA haben im Kosovo ihren größten Militärstützpunkt in Europa. Europäische Konzerne machen gute Geschäfte, sie betreiben das Telefonnetz und beliefern die Reichen mit Luxusgütern. Nach der „Unabhängigkeit“ bieten sich auch Möglichkeiten zur Ausbeutung der reichhaltigen Bodenschätze (Kupfer, Gold, Chrom, Braunkohle). Bis jetzt konnte die Privatisierung der entsprechenden Minen von der serbischen Regierung verhindert werden, jetzt haben die Clanchefs freie Hand zur Vergabe von Konzessionen gegen Schmiergeld. Die Kosovo-Albaner haben die Möglichkeit, in weitgehender Autonomie in einem Staatenverbund mit Serbien zu leben eingetauscht gegen ein Leben in einem NATO- und EU-Protektorat. Begeistert davon sind bei weitem nicht alle, an Wahlen beteiligen sich meist weniger als 50% der Bevölkerung. Gegen ihre brutalen Chefs, die von USA und EU massiv unterstützt werden, haben sie aber keine Chance. Gernot Linhart

Kurdistan - Modell eines neoliberalen Kolonialismus

Das war das Thema einer Veranstaltung von Roter Hilfe und DKP Gießen, die am 22. Februar im Café Amelie im DGB-Haus stattfand. Durch den Überfall türkischer Truppen auf den Nordirak bekam die Veranstaltung einen aktuellen Bezug. Der Einmarsch wurde vom Referenten, dem Journalisten und Historiker Dr. Nick Brauns (links) schärfstens verurteilt. In seinen Ausführungen legte er dar, daß

der Befreiungskampf des kurdischen Volkes nur erfolgreich sein kann, wenn er gemeinsam mit der Arbeiterklasse der Staaten erfolgen, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben. Die Veranstaltung wurde geleitet von Henning Mächerle (rechts).



Fidel bleibt

Aus einer Stellungnahme der Freundeschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Die Vorstellung, daß Fidel sich im 50. Jahr der kubanischen Revolution für immer aus der ersten Reihe der Politik zurückzieht fällt uns schwer, war er doch – vor allem in schwierigen Zeiten – ein unverzichtbarer Impuls- und Ideengeber für sein Land sowie ein Vorbild nicht nur für die Dritte Welt... Was uns aber bis auf Weiteres erhalten bleiben wird, ist sein scharfer analytischer Verstand, mit dem nicht müde werden wird, unter Benennung von Roß und Reiter globales Unrecht anzuprangern. Daß auch ohne ihn der Sozialismus in Kuba nicht mit Getöse zusammenbricht, hat die Zeit seiner physischen Abwesenheit von den Regierungsgeschäften gezeigt. Und die Maßnahmen, die sein Bruder Raúl mittlerweile getroffen hat, um den kubanischen Sozialismus weiter zu entwickeln, haben ihren Ausgangspunkt in einer vielbeachteten Rede Fidels am 17.11.05, in der er sagte: „Diese Revolution kann nicht von anderen zerstört werden, sondern nur durch unsere Schwächen und Ungleichheiten.“ Seine Reputation ist vor allem auf dem lateinamerikanischen Subkontinenten ein machtvoller Faktor. Dort hat seine Stimme längst Gehör gefunden – durch die Staatspräsidenten Hugo Chávez, Evo Morales und Rafael Correa zum Beispiel... (gekürzt)

Pressefreiheit

„Eigentlich müßten jetzt alle europäischen Zeitungen diese Karikaturen abdrucken...“ diese Forderung von Innenminister Schäuble in Bezug auf die Mohammed-Karikaturen löste Empörung aus, - nicht nur unter Muslimen. Schäuble sprach von „Inanspruchnahme der Pressefreiheit“; das tun wir auch. Die Karikatur aus dem September-Echo, die Schäubles Terrormaßnahmen anprangert, sollte vielfältige Verbreitung finden.

Affe statt Adam, Bio statt Bibel

Interview mit Candas Tümer, einer der drei Schulsprecher der Liebigschule

Im Sommer 2007 hat die damalige Kultusministerin Karin Wolff die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie forderte, die biblische Schöpfungslehre (Kreationismus) auch im Biologieunterricht zu behandeln. Die Proteste dagegen waren weitreichend, sie kamen von der politischen Opposition und Journalisten, selbst vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Damit schien die Sache vom Tisch.

Candas, wenn die Idee der Kultusministerin doch nie durchgesetzt wurde, warum ist dies dennoch ein Thema bei Dir an der Schule?

Zwar wurde die Idee nie durchgesetzt, aber zwei Lehrer der Liebigschule Gießen haben die Lehre von „Adam und Eva“ in einer Biologiestunde unterrichtet. Dieser von beiden Lehrern gleichzeitig ausgeführte Angriff auf die Wissenschaft ist natürlich mit einer Schule, die „das Haus der Wissenschaft“ sein soll, nicht vereinbar. Denn wer den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit aufgibt, öffnet beliebigen Manipulationen die Tür.

Wie waren die Reaktionen auf diesen Unterricht? Gab es Proteste dagegen?

Proteste gab es leider nicht. Es gab zwar viele Lehrer, die später sagten, dass es unangebracht sei, in einem naturwissenschaftlichen Fach Kreationismus zu unterrichten, aber einige Religionslehrer machten es auch zum Unterrichtsthema, um selbst auf die Schöpfungslehre aufmerksam zu machen. Und leider gab es auch einen kleinen Teil der Lehrer die

versuchten, diese Versuche als alternative Unterrichtsgestaltung darzustellen und somit diesen Angriff zu legitimieren und die inhaltlichen Widersprüche zu ignorieren.



Warum denkst Du, dass die Schöpfungslehre im Biologieunterricht nichts verloren hat?

Zuerst ist natürlich der inhaltliche Aspekt sehr wichtig. Wenn die Schüler einerseits lernen, dass sich vor ca. 120.000 Jahren der Mensch (homo sapiens) entwickelt hat, dass vor Millionen von Jahren Dinosaurier gelebt haben, und dass das alles durch archäologische Funde

bestätigt und mit wissenschaftlichen Methoden bewiesen wurde, kann man von diesen Schülern nicht verlangen, dass sie auf der anderen Seite daran glauben sollen, dass die Welt erst vor 6000-7000 Jahren entstanden ist. Außerdem kommt noch hinzu, dass die Schöpfungslehre, die seit hunderten von Jahren von Kirchen gelehrt wird, frauenfeindlich ist. Zu behaupten, die erste Frau sei aus der Rippe eines Mannes geschaffen worden, durch „Adam und Eva“ sei die Menschheit entstanden - was nach Wissenschaft und Fortpflanzungsgesetzen unmöglich ist - ist nicht nur frauenfeindlich, sondern auch unlogisch.

Eine Schule hat auch die Aufgabe, Glaubensfreiheit der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Dies würde natürlich nicht der Fall sein, wenn in einem naturwissenschaftlichen Fach religiöse Glaubensaussagen unterrichtet werden.

Was tun?

Statt zu den Unterrichtsinhalten solcher Lehrer zu schweigen muss man klar zeigen, dass so etwas nicht in die Schule gehört!

Man muss überall dort, wo man nur kann, versuchen, solche Meinungen zu bekämpfen und nicht nur das - man muss die Schülerinnen und Schüler so sensibilisieren, dass sie selbst aktiv werden.

Was man natürlich wissen muss ist, dass man allein wenig bewegen kann - nur gemeinsam sind wir stark!

(Interview aus der SDAJ-Zeitung "Commandante", Marburg)

Leserbriefe

Nokia: Böses finnisches Kapital?

Manch ein aktuelles Statement von Politikern aber auch von Kolleginnen und Kollegen bei Nokia klingt, als handelt es sich bei den Nokia-Eigentümern und ihren Managern um eine ganz besondere üble Abart von Kapitalisten, nämlich eine finnische. Weit gefehlt! - „Nokia ist eigentlich kein finnisches Unternehmen mehr. Zwar ist der Konzern ein Schwergewicht im Aktienindex OMX Helsinki - dem finnischen Gegenstück des deutschen DAX. Dennoch liegen nur neun Prozent der Aktien in finnischer Hand. Mehr als die Hälfte von Nokia gehört

US-amerikanischen Investoren, deutsche Anlieger sind ähnlich stark vertreten wie die Finnen. Anhand der seltenen Pflichtmitteilungen lässt sich ermitteln, dass allein die Deutsche Bank um die fünf Prozent an Nokia besitzen dürfte, ebenso wie eine US-Fondsgesellschaft. Die Namen weiterer Großaktionäre verrät Nokia nicht, da sei man „vergleichsweise reserviert“, („Die Zeit“, 24.1.08). Also auch im Falle Nokia gilt offensichtlich: Bei jeder Schweinerei ist die Deutsche Bank dabei! Uwe Moldenhauer

Lüge AIDS-Hilfe

Die bürgerlichen Zeitungen kolportieren: Bush hilft Afrika bei der AIDS-Epidemie. Pustekuchen: Die versprochenen

und viel zu geringen 15 Mrd. \$ innerhalb von fünf Jahren wurden flugs und heimlich bei Bushs Afrikavisite von 3 auf 2 \$ pro Jahr reduziert. In erster Linie sollen die US-Pharmakonzerne profitieren und nicht etwa die afrikanischen AIDS-Patienten. Der G-8-Gipfel von Heiligendamm im Juni 2007 „lässt grüßen“: Die weitaus günstigeren generischen (nachgebaute) Anti-AIDS-Medikamente sollen dagegen nicht finanziert werden! Statt dessen werden die US-Pharma-Konzerne subventioniert und ihre Patente Afrika aufgezungen. Solidarische Hilfe? Weit gefehlt. Da lobe ich mir doch la ayuda solidaria de Cuba (die solidarische Hilfe Cubas). Muchas gracias - Vielen Dank!

Falk Moldenhauer

Weltbürgerkrieg - Aggression nach innen und außen

86 Prozent aller Deutschen lehnen Kampfeinsätze der Bundeswehr am Hindukusch ab. Die CDU/SPD-Regierung schert das wenig. Sie trickst herum und weitet das militärische Mandat schleichend aus.: Das Einsatzgebiet der Deutschen wird deutlich vergrößert und nach Westen ausgedehnt, die Truppenstärke wird von 3500 auf 4500 Soldaten erhöht, das bis Oktober befristete Bundestagsmandat soll schon im Juni erweitert und bis 2010 verlängert werden. Verkauft wird das von Merkel & Co der deutschen Bevölkerung als Abwehr weitergehender Forderungen der US-Regierung. Im „Giessener Echo“ konnte man schon im Dezember 2006 lesen, dass insgeheim im Verteidigungsministerium längst Pläne für den Kampfeinsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans durchgespielt werden.

Wie üblich leistet „Bild“ der Kriegsplanung propagandistischen Flankenschutz. Die Deutschen dürften nicht län-

ger „Schönwetterkrieger“ und „Drückeberger“ sein. General a. D. Klaus Naumann in „Bild“: „Die Bundeswehr in Afghanistan ist kein THW (Techn. Hilfswerk) mit Gewehr auf dem Rücken.“ Der ehemalige Generalinspekteur Harald Kujat: „Kampfeinsatz im Süden ist unausweichlich.“ Vom vorgeblichen „Nein!“ der Bundesregierung wird nichts bleiben. Der olivgrüne frühere Außenminister Fischer: „Berlin kann nur ‚Ja!‘ sagen.“ Da will die SPD nicht abseits stehen und so fordern die Politiker Voigt und Klose den „robusten Kampfeinsatz“.

Schleichend und von Lügen begleitet verlief der Weg der BRD in die Militarisierung schon immer. Als der KPD-Vorsitzende Max Reimann im ersten Bundestag den Kanzler mit fünf Fragen dazu zwingen wollte zu bekennen, dass er den USA gegen den Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes Soldaten angeboten hatte, antwortete Adenauer mit fünf-fachem „Nein!“. Es war eine fünffache

Lüge. 1956 wurde der Artikel 87 a in das Grundgesetz eingefügt, der Soldaten ausschließlich zur Landesverteidigung zuließ. Das war nach Deutschlands friedensfeindlicher Vergangenheit die Bedingung dafür, dass es wieder Waffen in deutscher Hand gab. Nichts davon gilt mehr. Deutsche Soldaten kämpfen in Afghanistan, im Kosovo, Kongo, in Somalia, an der Küste des Libanon. Die Bundeswehr ist zu einer militärisch bewaffneten Weltpolizei geworden, deren Kriegseinsatz weder zeitlich noch örtlich begrenzt ist. Innenminister Schäuble arbeitet daran, den Krieg verfassungsmäßig auch in das Inland zu verlegen. Krieg und Frieden sind im heutigen Weltbürgerkrieg des Imperialismus gegen die Armen dieser Welt, Menschen und Völker, nicht mehr zu unterscheiden.

Klaus Mewes

Ostermarsch 2008 Dem Frieden eine Chance

Dies ist das Motto der traditionellen Ostermärsche in diesem Jahr.

Gießen: Die Gießener Friedensinitiative beginnt am Samstag, 22. März, ab 10.30 Uhr auf dem Seltersweg bei den drei Schwätzern mit Oster-Aktion „Die Friedensbotschafter sind in der Stadt!“ - Mit „stummen“ Theater auf verschiedenen Plätzen in der Fußgängerzone..

Frankfurt: Am Ostermontag, 24. März, finden die traditionellen Ostermärsche mit Abschlußkundgebung auf dem Römer statt.

Die zentralen Forderungen sind:

Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan

Abzug aller Besatzungsmächte aus Irak und Afghanistan

Unterstützung für einen lebensfähigen Staat Palästina

Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen

Demokratie und Menschenrechte statt Militarisierung

Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden

Beginn des Ostermarsches für Mittelhessen:

11.30 Uhr, Frankfurt-Eschersheim, Am Weißen Stein

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser - sofern noch nicht geschehen - um **Überweisung der Abo-Gebühren** für das

Gießener Echo
Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025
Sparkassen Gießen

Wir bitten darüber hinaus um **Spenden**, damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage verteilen können.

Es dankt sehr herzlich
die Echo-Redaktion

Fahrt nach Buchenwald

Am Sonntag, dem 13. April, fährt ein Bus nach Buchenwald zu den Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ.

Fahrtkosten: 15 € erm. 10 €

Abfahrt: 7.15 Uhr, Bahnhofsvorplatz in Gießen.

Anmeldung bei:

DGB Region Mittelhessen, Ulf Immelt, Tel.: 06421/23060, 0160-8837651 oder bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten giessen@vvn-bda.de

Sozialberatung

Die Gewerkschaft verdi bietet ihren Mitgliedern Sozialberatung sowie Rechtsschutz und Vertetung vor Gericht insbesondere auch für Erwerbslose. Die Beratung bei Erwerbslosigkeit wird in Mittelhessen auch vom Erwerbslosenrat angeboten.

Gießen: Donnerstags von 12 - 16 Uhr, Terminvereinbarung unter 0641/9323441 /443

Marburg: Dienstags u. Mittwochs von 12 - 16 Uhr, Terminvereinbarung unter 06421/620229

Jeden Montag von 18 bis 19 Uhr
im Seltersweg bei den drei
Schwätzern

**Protest gegen
Hartz IV**